

Podiumsdiskussion am 19.09.2017



Morgens, halb zehn in Deutschland: In der Mensa werden letzte Vorbereitungen für die Podiumsdiskussion in der 3. und 4. Stunde getroffen. Die Anwesenden des dritten Semesters führen bereits einen regen Diskurs über die Flüchtlingspolitik in Deutschland und was wohl die SPD dazu beitragen wird, als Matthias Schmidt, Vertreter der Sozialdemokraten, den Raum betritt. "Die SPD ist jetzt da", verkündet er lächelnd.

Bald darauf treffen auch die anderen Kandidaten ein: Dr. Niels Korte, der die CDU vertritt, Ralf Henze als Vertreter der FDP und Erik Marquardt von den Grünen. Gregor Gysi, Mitglied von Die Linke, ist auch um Punkt 10 noch nicht da. Doch Schmidt beruhigt Schüler und Lehrer: Gysi komme zu solchen Veranstaltungen öfter zu spät, heißt es, dann gäbe es mehr Applaus für ihn.

Die Podiumsdiskussion beginnt mit einer Vorstellungsrunde, in der sich jeder Politiker kurz zu seiner Person und seinen Ansichten äußert. So kritisiert Marquardt, der jüngste Anwesende auf der Bühne, beispielsweise das allgemein schlechte Image der Politiker und spricht sich für mehr Politikinteresse - vor allem in der Jugend - aus, was durch rege Diskussionen wie diese geweckt werden könne.

Nachdem jeder der vier Politiker zu Wort gekommen ist, geht es direkt mit der Fragerunde los.

Themenschwerpunkte sind vordergründig die Frage nach der Zentralisierung der Bildung in Deutschland und nach welchen Standards man sich richten sollte, das Tegel-Dilemma, die Aufstockung der Polizei – sowohl mit Personal als auch mit Ausrüstung – und die Flüchtlingskrise.

Nachdem sich alle außer Henze, dessen Hauptschwerpunkt die Bildung ist, gegen die Zentralisierung ausgesprochen, jedoch den erhöhten Einsatz von Geldern für Schulen und Digitalisierung befürwortet haben, bricht plötzlich donnernder Applaus aus: Gregor Gysi nimmt, zwanzig Minuten verspätet, nun auch seinen Platz auf der Bühne ein. Zur Zentralisierung hat er nicht allzu viel zu sagen, doch er kritisiert die Studenten von heute. „Die Studenten sind mir zu lahm. Sie sollen mich als Alten nerven und das tun sie nicht genug.“ Seiner Meinung nach müssen die Studenten in Berlin wieder lebendiger und mehr gefördert werden.

Bei der Frage um die Schließung von Tegel treten Uneinigkeiten auf. Während Schmidt - genau wie Gysi, der jedoch als Bedingung die Eröffnung des BER hinzufügt - bestimmt für die Schließung von Tegel plädiert, bemängelt Henze das Gegeneinanderausspielen von Köpenick und Tegel und weist darauf hin, dass eine große Stadt wie Berlin mit nur einem Flughafen überfordert sei. Demnach solle Tegel offen bleiben. Korte, der als Anwalt arbeitete und arbeitet, entgegnet jedoch, dass es allein aus juristischer Sicht sehr schwierig sei, Tegel weiterhin zu betreiben, und schlägt eine zusätzliche Start- und Landebahn außerhalb von Berlin vor.

Bei der Reformierung des Polizeiwesens sind sich aber alle einig: Wir brauchen mehr Personal, das besser ausgebildet sein muss, und weiter gestreute Polizeistellen.

Der größte Diskussionspunkt ist vermutlich die Flüchtlingskrise. Die Verteilung der Flüchtlinge innerhalb von Europa wird von allen kritisch betrachtet, doch vor allem auf der Bekämpfung der Fluchtursachen sollte laut Marquardt und Korte der Fokus liegen. Gysi erklärt weiterhin, dass Einwanderer die Kultur ihrer neuen Heimat immer erweitern, aber nie einschränken sollten.

In der verbleibenden halben Stunde darf das Publikum die Fragen stellen. Die erste Frage dreht sich um die Legalisierung von Cannabis, die von Henze, Schmidt und Korte mit Nein beantwortet wird. Doch nur ein einziger Satz von Marquardt bringt einige Schüler zum Applaudieren: „Ich bin dafür, aber nicht vor der Schule und nicht während der Schulzeit!“

Auf die Frage, wie man Fluchtursachen denn konkret bekämpfen könne, werden viele Möglichkeiten genannt, am wichtigsten sei jedoch die gezieltere Einsetzung von Geldern in Krisengebieten.

Der Umgang mit Cyberkriminalität ist ein Problem, das alle Anwesenden sehr ernst nehmen. Einig sind sie sich in dem Punkt, dass man das Internet, das im Sinne der Demokratie Meinungs-, Presse- und Redefreiheit bietet, nicht zu stark einschränken dürfe, doch Straftäter im Netz sollten nachverfolgbar sein, was mit der Anonymität im Konflikt steht. Eine Lösung scheint nicht in Sicht zu sein.

Es bleiben viele Frage unbeantwortet, denn die Zeit ist um und die fünf Politiker müssen sich verabschieden. Doch sicher war diese Podiumsdiskussion für alle Anwesenden eine interessante Erfahrung, die so kurz vor den Wahlen auch bei der Entscheidungsfindung geholfen haben dürfte.